

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 45. 32. Jahrg.

7. Novbr. 1919.

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE.**

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitag. Abonnementspreis: 1,50 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

**Redaktion:**  
Paul Lange, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88, III. Redaktionssch'ft:  
Montag. Telefon: Amt Norden 4268.  
Verlag: Otto Spiller, Berlin N 24. Druck und Expedition:  
Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Auguststr. 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

**Inhalt:**  
**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Der Tag der Revolution, Gedicht. Die Revolution. Rundschau. Um den Weg zur Macht, III. - **Allgemeines:** Industrieverband-Kampforganisation oder Versicherungsinstitute. Zur Generalversammlung in Magdeburg. Zur Neubelebung der Lehrlingsabteilung. - **Die photomech. Fächer:** Der neue Tarif im Chemigraphie- und Kupferdruckgewerbe. - **Fuilleton:** Eingegangene Schriften. **Anzeigen.**

**Bekanntmachungen.**  
**Verbandstag in Magdeburg.**  
Durch die Verfügung der Reichsregierung vom 1. November wird der Personenverkehr bis einschließlich 15. November auf sämtlichen Eisenbahnstrecken eingestellt. Es ist daher noch zweifelhaft, ob unser Verbandstag am Sonntag, den 16. November beginnen kann. Gegenwärtig finden noch

Beratungen der Gewerkschaften mit der Regierung statt. Wir werden deshalb den Delegierten persönlich nähere Nachricht zugehen lassen, ob eine Verlegung des Verbandstages stattfinden muß.  
Nachstehend bringen wir das Verzeichnis der bis zum 1. November gemeldeten Teilnehmer zum Verbandstag.  
*Der Vorstandsvorstand.*

Wahlkreis	Name	Beruf	Wohnort	Wahlkreis	Name	Beruf	Wohnort
Berlin	Braun, Paul	Steindrucker	Berlin	München	Hartf, Franz	Photograph	München
"	Kipke, Robert	"	"	Stuttgart	Rieker, Friedrich	Steindrucker	Stuttgart
"	Leisdner, Richard	"	"	"	Groez, Adolf	Chemigraph	"
"	Nicolai, Fritz	"	"	Frankfurt a. M.	Beyer, August	Steindrucker	Frankfurt a. M.
"	Biechschmidt, Oskar	Chemigraph	"	"	Scheibel, Richard	Lithograph	"
"	Dinger, Richard	"	"	Hamburg	Wurtzel, Hugo	Steindrucker	"
"	Geyer, Otto	"	"	"	van Dijk, Andr.	Chemigraph	"
"	Münkle, Georg	Lithograph	"	Nürnberg	Eichenmüller, Nikolaus	Lithograph	Nürnberg
"	Schneider, Rudolf	"	"	"	Schatt, Wilhelm	Lichtdrucker	"
"	Landa, Wilhelm	Photograph	"	Hannover	Peter, Max	Lithograph	Hannover
"	Sadina, Arthur	"	"	Braunschweig	Mittendorf, Theodor	Chemigraph	Braunschweig
"	Henseke, Emil	Kupferdrucker	"	Magdeburg	Lodstamper, Gustav	"	Magdeburg
Leipzig	Hentschel, Max	Steindrucker	Leipzig	Breslau	Hänsler, Oskar	"	Breslau
"	Herbst, Karl	"	"	Bautzen	Wiersig, Max	Steindrucker	Waldenbg.-Ailtwass.
"	Kade, Richard	"	"	Chemnitz	Straube, Alban	"	Chemnitz
"	Friedel, Reinhard	Chemigraph	"	Crimmitschau	Gaebel, Max	Lithograph	Zwickau i. S.
"	Teuscher, Arthur	"	"	Saalfeld	Harff, Heinrich	Steindrucker	Kassel
"	Ronnger, Hans	Lithograph	"	Brandenburg	Strietzel, Max	"	Halle a. S.
"	Nächter, Paul	Photograph	"	Lübeck	Maurer, Gustav	"	Stettin
"	Salomon, Ludwig	Lichtdrucker	"	Essen	Krebler, Josef	"	Detmold
Dresden	Kirchner, Adolf	Steindrucker	Dresden	Barmen	Markus, Paul	"	Barmen
"	Teichert, Georg	"	Niedersedlitz	Düsseldorf	Lynen, Hubert	Chemigraph	Düsseldorf
"	Schäfer, Hans	Chemigraph	Dresden	Köln a. Rh.	Rebholz, Stephan	"	Köln a. Rh.
"	Pritschow, Friedrich	Lithograph	"	Hanau	Rees, Georg	Steindrucker	Würzburg
München	Dürr, Oskar	Steindrucker	München	Karlsruhe	Nachwahl angeordnet	"	"
"	Adlerstein, Sergei	Chemigraph	"	Lahr i. B.	Welter, Albert	"	Lahr i. B.
"	Reiß, Martin	"	"	Fürth i. Bay.	Rieß, Hermann	"	Fürth i. Bay.

**Vertreter des Vorstandsvorstandes:**  
Sillier, Otto, Steindrucker, Berlin.  
Haß, Johannes, Steindrucker, Berlin  
Brall, Wilhelm, " "  
Lange, Paul, Lithograph, " "  
Hänlein, Wilhelm, Photograph, Berlin.  
**Vertreter des Zentral-Ausschusses:**  
Beine, Friedrich, Lithograph, Dresden.  
**Vertreter der Redaktion:**  
Domnick, Adolf, Chemigraph, Braunschweig.

**Vertreter der Gauvorsände:**  
Gau II: Forchmann, Otto, Lithograph, Breslau.  
Gau III Ulrich, Ludwig, Lichtdrucker, Hamburg.  
Gau V: Herbst, Ernst, Lithograph, Leipzig.  
Gau VI: Leinen, Paul, Steindrucker, Dresden.  
Gau VII: Hensel, Karl, Chemigraph, Frankfurt a. M.  
Gau X: Kieß, Gottlieb, Steindrucker, Stuttgart.  
Gau XII: Billmann, Fritz, Steindrucker, Nürnberg.  
**Vertreter der Zentralkommissionen:**  
Lithographen: Müller, Hermann, Berlin.  
Steindrucker: Hoffmann, Gustav, Berlin  
Chemigraphen: Hehr, Albert, Berlin.

Lichtdrucker: Albrecht, Hugo, Berlin.  
Formstecher: Schubart, Carl, Berlin.  
Kupferdrucker: Wolf, Kilian, Berlin.  
**Brandenvertreter der Formstecher und Kupferdrucker:**  
Brinkmann, Fritz, Formstecher, Berlin.  
Weit, Karl, Formstecher, Coswig.  
Ein Vertreter der Kupferdrucker von München.  
**Geschäftsführer der Tarifämter:**  
Czedl, Alex., Lithograph, Berlin.  
Köhler, Richard, Chemigraph, Berlin.

**An unsere Delegierten zum Verbandstag in Magdeburg!**  
Willkommen an der Elbestrand, Willkommen auf historischem Boden. Wenige Wochen trennen uns nur noch von dem Jahrestag der Verbandsgründung. Weihnachten 1890 wurde in der »Reichshalle« zu Magdeburg die Verbandsgründung beschlossen. In demselben Lokal findet auch die diesjährige Tagung statt; möge das eine gute Vor-

bedeutung sein. Allen Widerwärtigkeiten zum Trotz, die wahrlich keine geringen waren, hat sich unser Verbandsmitgliedern durch alle Klippen hindurchgewunden und soll nun im »Dach Magdeburg« wieder einer gründlichen Reparatur unterzogen werden. Für Euer leibliches Wohl werden wir während der Tagung Sorge tragen, dürfen aber dafür gewissenhafte und gründliche Arbeit erhoffen, wie man es von erstklassigen Baumeistern erwarten kann.  
*Die Kollegenschaft Magdeburgs*

Das Meldebüro befindet sich in Strauch's Hotel schräg gegenüber dem Bahnhof, dort wird jedem Delegierten Wohnung usw. nachgewiesen. Die Teilnehmer an der Gauleiterkonferenz erhalten das Material ebenfalls dort, es werden von uns Kollegen vertreten sein. Über die Zeit der Ankunft bitten wir diesbezügliche Meldung an den Ortsvorsitzenden G. Lodstamper, Gr. Münzstr. 3, 11 gelangen zu lassen.  
*Ortsverwaltung Magdeburg*

**Entscheidungen des Tarifamtes für das Deutsche Lithographie- u. Steindruckgewerbe.**

Nachstehend veröffentlicht das Tarifamt einige für die Gesamtheit der Berufsangehörigen bedeutsame Entscheidungen.

**1. Betrifft: Anrechnung von Zulagen.**

Im März d. Js. stellten die Gehilfen der Fa. J. Lohaforderungen. Die Lohnregulierung kam am 30. 5. 19 zum Abschluß. Hierbei wurde die Vereinbarung getroffen, daß die seitens der Firma bewilligte Lohnerhöhung auf eine beim Tarifabschluß zu gewährende Zulage voll verrechnet werden sollte.

Unter Bezugnahme auf die tarifliche Vereinbarung vom 31. Mai 1919 (Anhang II des T. V. zu § 3 Mindestlohn) forderten die Gehilfen eine weitere Zulage von 5.- Mk. pro Woche, die von der Firma unter Hinweis auf die mit ihren Gehilfen getroffene Abmachung abgelehnt wurde. Die Gehilfen erhoben Klage beim Kreisschiedsgericht, welches den Anspruch als zu Recht bestehend anerkannte. Hiergegen legte die Firma Berufung ein, die am 14. Oktober 1919 im Tarifamt zur Verhandlung stand. Das Tarifamt fällt folgende Entscheidung:

»Die Berufung der Fa. J. gegen das Urteil des Kreisschiedsgerichtes L. vom 25. Juli 1919 wird zurückgewiesen. Dem Antrage der Gehilfen ist stattzugeben.«

**2. Betrifft: Entlohnung.**

Die Firma D. in F. beschäftigte einen Gehilfen mit Arbeiten (Grundieren des Papierses u.w.), die auch teilweise von Hilfsarbeitern ausgeführt werden und zahlte dafür bis zum Inkrafttreten des Tarifes den in der Firma üblichen Druckerlohn. Nach Einführung des Tarifes verweigerte die Firma die Zahlung des Tariflohnes für Drucker und begründete ihre Weigerung mit der Behauptung, die von dem Gehilfen ausgeführte Arbeit sei die eines Hilfsarbeiters, der Gehilfe sei daher auch nur als solcher zu entlohnen; die bisherige Zahlung des Druckerlohnes sei auf ein Versehen des Lohnbüros zurückzuführen. Auf seinen Antrag wurde der Gehilfe später in die Umdruckerei aufgenommen und erhält seitdem den Tariflohn.

Der Gehilfe forderte nunmehr die Nachzahlung der Differenz zwischen dem erhaltenen Hilfsarbeiterlohn und dem Druckerlohn für die beiden Lohnwochen vom 26. Juni bis 11. Juli 1919. Die Ablehnung der Firma veranlaßte den Gehilfen zu einer Klage beim Kreisschiedsgericht, welches den Anspruch des Gehilfen ablehnte.

Die gegen das Urteil eingelegte Berufung stand am 14. Oktober 1919 im Tarifamt zur Verhandlung, es wurde folgende Entscheidung getroffen:

»In Berichtigung des Urteils des Kreisschiedsgerichtes F. vom 25. 8. 19 wird die Fa. D. verurteilt, für die Lohnwochen vom 26. Juni bis 4. Juli 1919 und vom 5. bis 11. Juli den Lohn als Drucker zu bezahlen; unter Zugrundelegung der 47stündigen Arbeitszeit.«

**3. Betrifft: Organisationszwang.**

Die Fa. E. & K. in C. beschäftigt 5 Lithographen und Zeichner, die dem Verbands der Lithographen, Steindruck u. verw. Berufe als Mitglieder nicht angehören und sich weigern, den Beitritt vor dem 31. Dezember 1919 zu vollziehen.

Der Gehilfenkreisvertreter beantragte beim Kreisschiedsgericht eine Entscheidung dahin: die Firma ist verpflichtet, die in Betracht kommenden Gehilfen nur zu beschäftigen, wenn diese gleichzeitig Mitglieder des Verbandes der Lithographen, Steindruck u. verw. Berufe sind. Die Entscheidung war ablehnend; der Gehilfenkreisvertreter legte Berufung ein, die am 14. Oktober 1919 im Tarifamt zur Verhandlung stand.

Es wurde nachstehender Entscheid gefällt:

»Die Berufung des Herrn H. gegen das Urteil des Kreisschiedsgerichtes L. wird zurückgewiesen.«  
Entscheidungsgründe: Aus dem Wortlaut der Bestimmung über den Organisationszwang (Anhang I des T. V.) kann eine Verpflichtung zum Eintritt in die Vertragsorganisationen vor dem 31. Dezember 1919 nicht hergeleitet werden, so sehr auch ein früherer Beitritt im Interesse des Gewerbes liegt und deshalb wünschenswert ist.

Die bis zum 31. Dezember 1919 gewährte Frist ist eine Übergangszeit, in welcher die Unternehmer und Gehilfen die notwendigen Maßnahmen treffen sollen, um den mit dem Eintritt in die Vertragsorganisationen verbundenen Verpflichtungen nachkommen zu können.

Berlin, am 31. Oktober 1919.

Alexander Czede, Geschäftsführer.

**Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.**

Berlin SW. 68, Markgrafenstraße 73 III.

Nach langen und mühsamen, vom 29. bis 31. Oktober 1919 bis in die späten Abendstunden tagenden Verhandlungen, ist im Tarifausschuß über den Fortbestand des Tarifes eine Einigung erzielt und unser 16jähriges Lebenswerk wieder gesichert worden.

Wir unterbreiten den Mitgliedern folgenden Verhandlungsbeschluß, zu dessen Durchführung sie tarifrechtlich verpflichtet sind.

Der neue, ab 1. Januar gültige Tarif wird nach seiner Redigierung den Mitgliedern so schnell wie möglich zugehen.

**1. Teuerungszulagen.**

Die Gehilfen erhalten eine wöchentliche Zulage von 18 Prozent der Gesamtwochenlohnsumme. Davon werden 12 Prozent fest an die einzelnen Gehilfen verteilt, 6 Prozent werden in den einzelnen Firmen durch eine Kommission, gebildet von der Geschäftsleitung und den berufenen Vertretern der Gehilfen, nach Leistungen an die einzelnen Gehilfen gegeben. Maßgebend für die Verteilung sollen in erster Linie die Leistungen der Gehilfen sein, jedoch kann auch die wirtschaftliche Lage des Einzelnen mitberücksichtigt werden.

Die Auszahlung hat erstmalig am 7. November 1919 zu erfolgen. Eine neue Verteilung der 6 Prozent soll am 1. Januar 1920 in den einzelnen Geschäften erfolgen können, um etwaige Härten oder Änderungen in den Leistungen auszugleichen.

Diese Feuerungszulage gilt bis zum 31. März 1920, es sei denn, daß eine besondere nachweisbare Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse um wenigstens 10 Proz. zu Ungunsten der Gehilfen eingetreten ist.

Das Tarifamt hat eine Kommission einzusetzen, die damit beauftragt wird, bis zum 1. März 1920 Vorschläge, entsprechend der Produktion und den Leistungen, für eine Neuregelung der Entlohnung zu machen.

**2. Beispiel.**

Bei 10 Gehilfen beträgt die Gesamtwochenlohnsumme Mk 1000,-, welche sich um 18 Proz. gleich Mark 180,- erhöht. 12 Proz. gleich Mk. 12,- werden fest an jeden Gehilfen, 6 Proz. gleich Mk. 60,- an die Gehilfen unter Zugrundelegung ihrer Leistungen durch die paritätische Kommission verteilt. Berücksichtigt kann bei dieser Verteilung auch die wirtschaftliche Lage des Gehilfen werden.

Bei Unstimmigkeiten haben die Orts-, Tarif- oder Kreisvertreter vermittelnd einzugreifen.

Berlin, den 31. Oktober 1919.†

Albert Frisch, Prinzipalvorsitzender.  
Albert Hehr, Gehilfenvorsitzender.  
Rich. Köhler, Geschäftsführer.

**Tarifverhandlungen für das deutsche Chemigraphie- und Kupferdruckgewerbe.**

An alle Orts- und Gauvorstände  
sanden wir am 3. November unser Rundschreiben Nr. 75, das einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen des Tarifausschusses enthält. Der Tarifvertrag für das deutsche Chemigraphie- und Kupferdruckgewerbe ist auf neue durchberaten worden und soll sämtlichen Chemigraphen- und Kupferdruckerkollegen Deutschlands zur Beschlußfassung unterbreitet werden. Es müssen deshalb überall schnellstens Versammlungen der Chemigraphen und Kupferdrucker einberufen werden, über deren Verlauf dem Verbandsvorstand auf dem mitgesandten Berichtsbogen sofort Mitteilung gemacht werden soll.

Sollte dieses wichtige Material irgendwo nicht angekommen sein, so bitten wir, uns sofort Mitteilung zu machen, damit wir dieses noch einmal zusenden können. Der Verbandsvorstand.

**Achtung! Lichtdrucker!**

Seitens des Tarifamtes sind nunmehr die Tarife versandt. Wo solche fehlen, bitten wir um Mitteilung. Für jeden Tarif sind 20 Pfg. zu entrichten.

Gemäß § 11 des Tarifes macht sich eine Neubildung des Tarifausschusses notwendig. Wir fordern daher die Kollegen der einzelnen Tarifkreise bzw. Druckorte auf, unverzüglich zu dieser Frage Stellung zu nehmen und uns bis zum 30. November geeignete Vorschläge für die erforderlichen Kreisvertreter bzw. Stellvertreter zu unterbreiten. Evtl. notwendig werdende Wahlen werden dann von hier ausgeschrieben.

Auf die aus § 15 des Tarifes ersichtliche Neueinteilung der Tarifkreise wird hingewiesen.

Mit kollegialem Gruß  
Zentralkommission der Lichtdrucker.  
I. A. Hugo Albrecht,  
Neukölln, Schillerpromenade 6, I.

**Die Revolution.**

Von Minna Todenhagen.

Der Wahnsinn des Krieges hatte sich festgerannt. Erschöpft lag der Militarismus am Boden. Waffenstillstandsverhandlungen hätten sich notwendig gemacht, telegraphierte die Oberste Heeresleitung am 24. September 1918 nach Berlin. Man hatte das Blut der Söhne, das Herzblut der Mütter nutzlos verschüttet. Sechs Tage nachdem die Oberste Heeresleitung das eingestehet, am 1. Oktober 1918 schadhern im Preussischen Herrenhause die Feudalen noch um das gleiche, allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht. Sie wissen noch immer nicht, daß »Selbstbestimmungsrecht, Selbstverwaltung«, Schlüsselworte der reifen Volkseele sind. Dafür ist es fünf Wochen später aus mit ihrer Herren-Herrlichkeit! Keiner von ihnen ist mehr kompetent, das deutsche Volk nach außen hin zu vertreten. Sozialdemokraten treten am

2. Oktober in die Regierung ein, um die Waffenstillstandsverhandlungen zu sichern.

Wer sich in die Analen der Revolution vertieft, für den sind die Ereignisse ab 24. September bis zum Revolutionstage Zwischensinfonien bis zur mächtigen 9. Novembersinfonie, das Werk einer erwachten, kühnen, freien Volkseele.

Sie läßt sich nicht mehr irre machen durch die Sirenenklage des Krieges. Am 31. Oktober verweigern Matrosen den aussichtslosen Dienst. Am 3. November finden große Versammlungen von Marineangehörigen auf dem großen Exerzierplatz in Kiel statt. Am 4. November wird auf allen Kriegsschiffen in Kiel die rote Flagge gehißt. Die Vertreter der ausländischen Marine unterbreiten dem Gouverneur ihre Forderungen mit 14 Punkten. Der Reichstagsabgeordnete Noske geht nach Kiel. Er übernimmt hier das Amt des ersten deutschen Soldatenrates, Am 5. November treten die Kieler Arbeiter in den Ausstand. Sie bilden die ersten Arbeiterräte. Hamburg, Lübeck, Bremen folgen. Am 6. November fordert die sozialdemokratische Partei Demokratisierung der Regierung und der Verwaltung der Bundesstaaten. Am 7. November stellt die Sozialdemokratie dem deutschen Kaiser, der die verlangte Abdankung verweigert, ein Ultimatum, nach dem er bis zum 8. November abzuwanken, der Kronprinz auf die Thronfolge zu verzichten hat. Am selben Tage prangt an den Anschlagssäulen Berlins folgende Bekanntmachung des Oberbefehlshabers in den Marken, Generalobersten von Linsingen:

»In gewissen Kreisen besteht die Absicht, unter Mißachtung gesetzlicher Bestimmungen Arbeiter- und Soldatenräte nach russischem Muster zu bilden.

Derartige Einrichtungen stehen mit der bestehenden Staatsordnung in Widerspruch und gefährden die öffentliche Sicherheit.

Ich verbiete auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand jede Bildung solcher Vereinigungen und die Teilnahme daran.

Die Bekanntmachung will verbieten, aber sie kündigte in Wirklichkeit an, was unweigerlich kommen muß. Noch am selben Tage bilden sich in ganz Nord-, West- und Mitteldeutschland Arbeiter- und Soldatenräte. In Münden demonstriert die Sozialdemokratie auf der Theresienwiese für den Thronverzicht des Kaisers und Kronprinzen und sofortigen Friedensschluß. Es kommt zur Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates. Der König von Bayern flieht. Am 8. November erklärt der Arbeiter- und Soldatenrat Bayern zum Freistaat. Die beiden sozialdemokratischen Parteien bilden ein gemeinsames Ministerium. Die 2. Sitzung des A.- und S.-Rates stellt die Forderung nach einer konstituierenden Nationalversammlung. In Braunschweig dieselben Vorgänge.

Am 9. November endlich findet sich auch, nachdem die Sozialdemokratie aus der Regierung ausgetreten ist, die Berliner Arbeiterschaft zum gemeinsamen Handeln zusammen. Der Generalstreik wird proklamiert. Männer und Frauen der Arbeit, zu Trutzketten mit den Armen ineinander verschränkt, demonstrieren ihren revolutionären Willen, voran das Banner der Freiheit, die rote Fahne. Sie gehen in die Kasernen. Die Truppenkörper gehen geschlossen zur revolutionären Arbeiterschaft über, das 4. Jägerbataillon, das Alexanderregiment, die Kraftfahrer. Des Kaisers Garden revolutionär Wilhelm II. dankt ab — aus ist das Soldatenspiel.

Nachmittags um 2 Uhr ruft Philipp Scheidemann vom Balkon des Lesezimmers im Reichstagsgebäude die Republik aus. In kurzen markigen Sätzen sagt er der unten harrenden tausendköpfigen Menge, daß das deutsche Volk auf der ganzen Linie gesiegt hat, der Militarismus erledigt ist, die Hohenzollern abgedankt haben, Ebert zum Reichskanzler ausgerufen und zur Bildung einer neuen Regierung, der alle sozialistischen Parteien angehört werden, beauftragt ist.

»Es lebe die deutsche Republik«, der Schlubakkord der gewaltigen Sinfonie brauste aus tausenden Kehlen zum ersten Male über den Königsplatz.

Sie lag uns im Blute, diese Revolution, seitdem wir ein entredtetes Geschlecht waren. Nicht als eine böse berausende Leidenschaft, nein als die Tat, die sein muß am Anfang neuen Werdens. Sie zog uns hinein in den Tatkreis dieses Werdens, machte uns mit zu Schöpfern einer neuen Welt nach dem Chaos. Schwere Erschütterungen störten und drohen noch heute zu stören die Arbeit. Unser Volk gleicht einem Dichter, der mit Göttern und Dämonen ringt um werdendes Gebilde. Stark sein und durchdringen zur Wahrheit und Klarheit, das ist's, was uns not tut. Nicht scheu werden. Kein Zurückweichen von der Partei, weiter mittun, insbesondere auch ihr Frauen und Mütter, im revolutionären Schaffen!  
Es lebe die Revolution!

**Rundschau.**

„Ambrosius & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung“. In Saalfeld (Saale) ist, laut Bekanntmachung des Amtsgerichts, Abteilung 4, im Handelsregister, Abteilung B, unter Nr. 42 vorstehend genannte Firma, die seither ihren Sitz in Kirchhain (N.-L.) hatte, der mit dem 1. Oktober 1919 nach Saalfeld verlegt worden ist, eingetragen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer chromolithographischen Kunstanstalt. Das Stammkapital beträgt 160000 Mk. Der Gesellschaftsvertrag ist am 11. August 1901 bezw. 8. September 1906, 31. Januar 1910 und 23. Februar 1911 abgeändert bzw. ergänzt worden. Die Gesellschaft dauert bis zum 20. September 1921, falls nicht im letzten Jahre dieser Dauer der Gesellschaftsvertrag verlängert wird. Die Gesellschaft wird durch einen oder mehrere Geschäftsführer vertreten. Zum alleinigen Geschäftsführer ist der Kaufmann *Heinrich Ambrosius* in Saalfeld bestellt. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger.

**Deutsche gehen zur Konferenz.** Wegen der Entsendung deutscher und österreichischer Delegierter zu der bevorstehenden Arbeiter- und Regierungskonferenz in Washington haben sowohl von der Regierung als auch von den Gewerkschaften weitere Verhandlungen stattgefunden. Nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen erscheint es angängig, von der bisherigen ablehnenden Haltung gegenüber der Frage der Besichtigung der Konferenz durch deutsche Vertreter abzuweichen. Dem deutschen Gewerkschaftsverband ist durch neutrale Vermittlung die Erklärung zugegangen, daß der Oberste Rat der alliierten und assoziierten Regierungen die Zulassung der deutschen und österreichischen Delegierten als vollberechtigte Mitglieder zu der Konferenz empfohlen hat, so daß auf diese Zulassung in der ersten Konferenz mit Sicherheit zu rechnen ist. Dies ist dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris bestätigt worden. Die deutsche Regierung hat unter diesen Umständen in Übereinstimmung mit der Auffassung des deutschen Gewerkschaftsverbandes sich entschlossen, Delegierte nach Washington zu entsenden. Außer den zwei Regierungsvertretern, je einem Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber, werden der deutschen Delegation eine Anzahl Sachverständige angehören. Die Abreise wird voraussichtlich gemeinschaftlich mit den österreichischen Delegierten Ende dieser Woche erfolgen. Da der Beginn der Konferenz, der ursprünglich auf den 29. Oktober cr. angesetzt war, voraussichtlich um einige Tage verschoben werden wird, steht zu erwarten, daß die deutschen und österreichischen Delegierten noch rechtzeitig zum Beginn der sachlichen Verhandlungen in Washington eintreffen werden.

**Die Kosten der Entente-Besatzung.** In der letzten öffentlichen Sitzung des Reichsrats wurde der Etat des Reichsschatzministeriums durchberaten, wobei über 400 Millionen Mark an den geforderten Summen gestrichen und bei den Einnahmen eine Erhöhung von über 100 Millionen Mark eingesetzt wurde. Die interalliierten Überwachungskommissionen, die die Durchführung aller Bedingungen des Friedensvertrages über Landheer, Seemacht und Luftfahrt kontrollieren, beanspruchen für Unterkunft usw. 10 Millionen Mark, die jedoch bei weitem nicht ausreichen werden. Zunächst soll eine Hauptüberwachungskommission in Berlin und mehrere Unterkommissionen in 10 anderen deutschen Großstädten gebildet werden. Für die Entente-Besatzungstruppen im Rheinlande hat Deutschland bisher 892 Millionen Mark zahlen müssen.

**Um die elende Lage der Arbeitsinvaliden** zu verbessern, hat sich der »Reichsverband der Invaliden, Erwerbsbeschränkten und Erwerbsunfähigen Deutschlands« gebildet. Dieser Bund will die Forderungen der Vergessenen und wirtschaftlich Ohnmächtigen vertreten, indem er Staat und Gemeinde auf die Schaffung ausreichender Fürsorgeeinrichtungen hinweist, um den Arbeitsinvaliden die benötigte Armenunterstützung und die Entwür-

digung der Betteln zu ersparen. Auch für angemessene Bezahlung der in öffentlichen Betrieben dauernd oder vorübergehend beschäftigten Invaliden versucht diese jüngste Organisation energisch einzutreten. Um jeden Erwerbsbeschränkten oder Invaliden den Beitritt zu dem Bunde zu ermöglichen, ist das Eintrittsgeld und der monatliche Beitrag auf je 0,50 Mk. festgesetzt worden. Die »Deutsche Invaliden-Zeitung«, das Organ des Bundes ist im Halbjahresabonnement für 1 Mk. zu beziehen. Die Zentraladresse des Bundes ist: Johannes Lüneburg, Frankfurt a. Main, Bethmannstr. 46. Die Zahlstelle für Groß-Berlin u. Brandenburg befindet sich bei F. G. Sommer, Berlin N 39, Buchstr. 3.

**Leset die Verfassung!** Die neue Verfassung des Deutschen Reiches ist jetzt überall in allen Buchhandlungen und sogar auf den Straßen zu kaufen. Hoffentlich kommt sie in recht viele Hände und von da — in die Köpfe. Denn es ist vielleicht besser, Dinge zu kennen, die zum politischen ABC gehören, als sich von Ideen, wie sie manche Blätter kolportieren, arbeitslos zu lassen. Besonders in Deutschland, wo in weiten Kreisen infolge der Sünden der wilhelminischen Zeit die politische Bildung des Volkes so gering ist, wäre die gründliche

und der Arbeiter? Er wird seinen Arbeitsgenossen fragen müssen: »Kennst Du die Verfassung?« Und wenn dieser ihm antwortet: »Wie, die Verfassung der Gegenrevolution?« dann soll er sagen: »Sei nicht engherzig! Mach es wie August Bebel! Der hat Lassalle bekämpfen wollen, aber er war klug genug, ihn vorher zu lesen. Er las ihn und wurde Lassalleaner.«

Die neue Reichsverfassung ist kein Unterpfand für Kaiser, Könige und Kapitalisten. Sie ist viel eher die Verfassung der armen Leute. Wenn sie auch das kommunistische Paradies nicht mit bolschewistischen Beschwörungsformeln herbeizaubern kann, so sind doch ihre Artikel ebenso viele Schlüssel, womit in dem Gefängnis des Kapitalismus eine Tür nach der anderen aufgeschlossen wird. Nicht jeder Schlüssel wird zu jeder Tür passen, aber alle zusammen werden sie die großen Tore und die alten verrosteten Hinterpförtchen aufschließen, daß Luft in die Bureaurenstuben kommt, Sonne in die Kellerlöcher und auch die Armen den Weg zu den Ministern finden.

Leset die Verfassung! Lernt mit den Artikeln umgehen! Es sind die Schlüssel der Freiheit!

**Um den Weg zur Macht.**

Von Hans Ronnger

III.

Die unter diesem Titel veröffentlichte Arbeit des Kollegen Hans Ronnger wird unserer Überzeugung nach den Eindruck strengster Sächlichkeit bei allen Kollegen erweckt haben. Ronnger betont die Notwendigkeit, über die von ihm behandelten Fragen auf unserer Verbandstage eine Klärung zu schaffen, die dem Geiste wahrer Kollegialität entspricht. Diese Notwendigkeit wird von jedem anerkannt werden müssen, der es ernst meint mit der Geschlossenheit und dem weiteren Ausbau unserer Organisation. Die Wege, die darum der Verbandstag weisen wird, müssen von der Gesamtheit beschritten werden, wenn der Kollegialität auch in Zukunft gedient werden soll. Von diesem Gesichtspunkte aus wird die Diskussion zu führen sein. Die sicher zu erwartenden Gegensätze müssen in Debatten zum Austrag kommen, die in ihrem Wesen und in ihrem Umfang dem Verbandstag nicht zum Schaden gereichen. Es erscheint deshalb notwendig, auf einige Punkte der Ronnger'schen Ausführungen jetzt schon einzugehen, um vorgefaßten Meinungen von vornherein die Spitze abzubrechen.

Die Darstellung des Kollegen Ronnger geht von der — zwar unausgesprochen gebliebenen — Auffassung aus, daß die proletarischen Organisationen, darunter auch die Gewerkschaften, während des Krieges nicht alles getan hätten, um die Interessen der Arbeiter genügend zu wahren. Er verweist auf das Hilfsdienstgesetz kapitalistischen Ursprungs, auf den Burgfrieden und auf den sogenannten Kriegssozialismus. Nun besteht und bestand, abgesehen von ein paar unberechenbaren Außenseitern, in sozialistischen und in Arbeiterkreisen so gut wie gar keine Meinungsverschiedenheit über den Wert der genannten Einrichtungen. Das Hilfsdienstgesetz sowie der ganze Kriegssozialismus waren gedacht als die bis an die Grenze des Möglichen zusammengefaßte Staatsgewalt zur Erhaltung der Kriegsmittel. Daß ein erfolgreicher Widerstand gegen diese konzentrierte Staatsgewalt gegen Ende des Jahres 1916 auch nur denkbar war, wird auch Ronnger nicht behaupten wollen. Die Frage lautet also nicht: Konnte das Hilfsdienstgesetz verhindert werden?, sondern: Sind auch unter dem Hilfsdienstgesetz die Interessen der Arbeiter vertreten worden? Die Antwort ist ein einfaches: Ja! Die 4 Paragraphen, die die Gesetzesvorlage umfaßte, sind dank der Initiative der Gewerkschaften auf 22 vermehrt worden. Das bedeutete, daß die ursprüngliche Schärfe der Vorlage ganz erheblich vermindert wurde. Das Gesetz brachte den Zwang, aber nicht nur für den Arbeiter. Die Unternehmer mußten den Abkehrschein und die Schlichtungsausschüsse schlucken. Damit war auf schwierigerem Gelände ein Schritt nach vorwärts getan. Wenn auch diesem Schlichtungsverfahren noch mancherlei Mängel anhafteten, so ist doch dadurch unendlich viel Willkür unterbunden worden. Ronnger sagt, das Hilfsdienstgesetz gab den Unternehmern die Möglichkeit, ungeheure Gewinne in ihre Tasche wandern zu lassen. Ad nein! Diese Möglichkeit hatten die Unternehmer auch ohne das Hilfsdienstgesetz. Aber mit dem Hilfsdienstgesetz hatte der Staat zum ersten Male die Möglichkeit, die Profiteure der Unternehmungen zu bestimmen, indem er die Produktionskosten einschließlich der Arbeiterlöhne seiner Kontrolle unterwarf. Daß diese Kontrolle sehr nach »wohlwollender Neutralität« aussah, bedingte das Abhängigkeitsgefühl des Staates von seinen Kriegslieferanten. Aber daß diese Kontrolle den Unternehmern recht unangenehm werden konnte, beweist der Sturz des vielgeschmähten Generals Gröner, der den Unternehmern schon bedenklich aufsaß. Das Hilfsdienstgesetz brachte also mit dem Zwang für den Einzelnen die Erringung wichtiger Positionen für die Gesamtheit und bedeutete darum den ersten Ansatz zur sozialistischen Auffassung durch den Staat. Die Arbeiterschaft ging unter dem Gesetz einen beschwerlichen Weg, aber sie ging ihn vorwärts. Über den Burgfrieden, dieses Angst-

**Der Tag der Revolution.**

Nun glühe auf in Glanz und Pracht,  
Du hehrer Tag, du roter Tag,  
Der jäh uns riß aus Leid und Macht,  
Aus Alltagsorgen schein und zag!  
Nun laß dein heilig Feuer neu  
In unsre Herzen sprühn und lohn!  
Wir hielten Treu, wir halten Treu  
Dir, Tag der Revolution!

Die Kette brach, die Fessel sprang,  
Ans Tageslicht die Wahrheit stieg.  
Der Kampf war hart, der Kampf war lang,  
Doch rote und schmetternd war der Sieg!  
Das rote Banner pflanzen wir  
Auf jede Zinne, jeden Turm!  
Um unser siegreiches Panier  
Sang laut der Sturm, sang fort der Sturm!

Nicht Haß und Tücke, Macht und List  
Zerriß das Tuch, zerbrach den Schaff!  
Das rote Banner blieb gehißt:  
Ein Sinnbild unsrer reifen Kraft!  
So wuchs in Kämpfen und in Not  
Der Freiheit junger Blütenbaum,  
Umbraut, umlauert und umdroht —  
Und doch kein Traum, kein leerer Traum!...

Es ging ein Jahr, Die Welt bekam  
Neu das Gesicht, neu die Gestalt...  
Mein Deutschland, dich umfing mit Gram  
Und Leid der Feinde Haßgewalt!  
Und doch: Bist du auch Sieger nicht  
Im Schlachtenmord, im Männerkrieg, —  
Du bist doch Sieger, denn dem Licht  
Der Freiheit halbest du zum Sieg!

So schrei' voran, mein Vaterland,  
Im Recht, in Sitte und Kultur, —  
Die heute fluchend dich gebannt,  
Sie segnen einstens deine Spur!  
Denn Tat und Leben allerwärts  
Hat doch nur dann Vernunft und Sinn,  
Gelangt das letzte müde Irtz  
Zur Freude hin, zur Freiheit hin!...

Ja, wir sind frei! Wir wurden frei,  
Wir wurden stark, wir wurden gleich,  
Wir strüben aus dem Einerlei  
Der Trümmern neu das Heimatreich!  
Das Banner rauscht im Herbstgebraus  
Und der Begeisterung Feuer lohn:  
Drum füll' mit Freude jedes Haus  
Du Tag der Revolution!

Ludwig Lessen.

kenntnis der Verfassung viel gesünder, als die Kenntnis einer Unzahl von politischen Phantasien und Schlagworten, die gar häufig doch nur Blinder sind. Es soll nicht wieder so werden wie früher, wo kaum einer unter 1000 Arbeitern oder Beamten, Lehrern, Kaufleuten oder Handwerkern klaren Bescheid geben konnte über den Aufbau und die Aufgaben des Reiches, über die Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen.

Jeder muß die Verfassung kennen. Vor allem der Lehrer muß genau wissen, was in der Verfassung steht; denn die Verfassung soll für die Kinder der politische Katechismus sein, den sie ebenso gut kennen müssen, wie sie den religiösen kennen.

Der Beamte, den die Verfassung erst wahrhaft frei gemacht hat, muß selbstverständlich in allen Verfassungsdingen klar sehen. Er soll nicht der Blinde sein, zu dem die Lahmen kommen, um Führung zu verlangen.

Die Kaufleute und die Handwerker finden in der neuen Verfassung ihr Schicksal vorgeschrieben. Die Verfassung ist für sie ein Wegweiser zur neuen Wirtschaft, die technisch und sozial die Produktion revolutionieren und das Antlitz der arbeitenden Welt aufhellen und verändern wird.

produkt der ersten Kriegswochen, uns heute noch gegenseitig die Köpfe zu erhitzen, halten wir für töricht. Unsere Stellung zum Unternehmertum konnte dadurch absolut nicht beeinflusst werden. Einer Angelegenheit aber soll hier Erwähnung getan werden, die aller Wahrscheinlichkeit nach auf dem Verbandstage besprochen werden wird und die geeignet ist, die Taktik der Arbeiterführer während des Krieges klar und deutlich aufzuzeigen. Wir meinen den Beitritt der Generalkommission der Gewerkschaften zum »Volksbund für Freiheit und Vaterland«. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir Alle diesen Beitritt mit gemischten Gefühlen vernommen haben. Wußten wir doch, daß diesem Volksbund Leute angehörten, die bisher herzlich wenig für die Arbeiterbewegung übrig hatten. Wir mußten aber, wenn auch anfangs mit gewisser Überwindung, die Taktik als richtig anerkennen, den schlimmsten Gegner mit Hilfe der weniger gefährlichen zu bekämpfen. Der schlimmste Gegner aber war das konservativ-aldeutsche Herrenschentum, das uns die ganze Welt auf den Hals gehetzt und diesen Krieg eingebrockt hatte. Diesen Feind bis zur Einflußlosigkeit zu bekämpfen, mußte als die dringendste Aufgabe erscheinen. Sollten wir da jeden Bundesgenossen, der sich fand, argwöhnisch beriedern? War es nicht bei dieser Gelegenheit an der Zeit, mit der Phrase von der »reaktionären bürgerlichen Masse« zu brechen, um endlich einer Kaste den Garaus zu machen, die bis weit ins Bürgertum hinein erbitterte und entschlossene Gegner hatte? Die geschlossene Phalanx von Arbeiter zum Bürger nur konnte das Junkertum niederwerfen und sie hat es niedergeworfen derart, daß es nicht mehr aufstehen wird. Wir sind deshalb, weil wir eine aufrichtige Hilfe angenommen haben, noch nicht verbürgerlicht, und glauben, sobald die Zeit dazu reif sein sollte, auch mit dem nächsten Gegner fertig zu werden. Um dem sogenannten »Kriegssozialismus« noch einige Worte zu widmen, so sei hier nur festgestellt, das es wohl niemanden einfallen wird, dieses Zerrbild von Sozialismus zu beweihräuchern. Verkennen wir aber nicht, daß wir beim Hilfsdienstgesetz auch hier der Staat versuchte, sozialistische Gedanken aufzunehmen und in die Praxis umzusetzen. Nicht freiwillig zwar, sondern gezwungen durch den Selbsterhaltungstrieb. Ist etwa die staatlich und kommunal geregelte Versorgung mit Rohstoffen, Bedarfsartikeln und Lebensmitteln uns sozialistisch? Und hat nicht selbst dieser kümmerliche, lüdenhaft durchgeführte Kriegssozialismus soviel Kraft bewiesen, uns vor der ärgsten Verelendung zu bewahren? Woran scheiterte denn der gesunde Gedanke der Kriegswirtschaft? Doch hauptsächlich an dem Eigennutz, der Korruption und der politischen Unreife großer Volksschichten. Und doch wird uns ein bleibender Gewinn aus jener schweren Zeit erbühren, wenn wir den Leitgedanken jener Wirtschaftsepochen uns bewahren und den Notwendigkeiten der Zeit entsprechend folgerichtig durchführen. Wir wollen keinen unfreiwilligen, sondern den bewußten Sozialismus, aber auch keine Wiederholung der damaligen Sabotage an sich guter Einrichtungen durch den Unverstand der Massen. Darum wollen wir die Lehren der Kriegszeit nach jeder Richtung hin beherzigen.

Kollege Ronnger verbreitet sich weiter über die Revolution und die durch sie errungenen politischen Freiheiten und äußert im Anschluß daran durchaus zutreffende Ansichten. Dann aber schreibt er: »Aber alle politische Freiheit ist Scheinfreiheit, solange ihr die wirtschaftliche Freiheit nicht zur Seite steht. Die Bestrebungen, der politischen Freiheit die wirtschaftliche Freiheit folgen zu lassen, scheiterten.« Wie fang ich's an, diese Begriffe zu entwirren? Als Sozialdemokraten vertreten wir von jeher den Standpunkt, daß ohne politische Freiheit kein wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt der Arbeiterklasse denkbar sei. Die politische Freiheit sei darum die Vorbedingung für den wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterklasse. Wir waren darum auch gar nicht überrascht, als trotz der errungenen politischen Freiheiten die wirtschaftliche Lage der Arbeiter noch dieselbe blieb. Wie sahen ja während des ganzen Krieges die zunehmende Zerrüttung des Wirtschaftslebens. Wir konnten uns darum auch keinen Augenblick einbilden, gleichzeitig mit der politischen Freiheit auch die wirtschaftliche Besserstellung zu erringen. Politische Freiheiten kann man mit einem Schlag erobert, wenn unter bestimmten Voraussetzungen die Energie der Massen einheitlich auf ein bestimmtes Ziel gerichtet werden kann. Der wirtschaftliche Aufstieg dagegen ist das Produkt zäher, mühevoller Arbeit. Es erfolgt nicht mit einem Ruck bis zu den höchsten Höhen des Sozialismus, sondern leider viel zu langsam für die lebende Generation unter ständiger Überwindung von Widerwärtigkeiten und Hindernissen. Übrigens fällt es uns Sozialisten gar nicht ein, von wirtschaftlicher Freiheit zu sprechen. Dieses Schlagwort beherrscht den Aufstieg des Bürgertums. Wirtschaftliche Freiheit bedeutet, ohne Rücksicht auf das Wohl der Gesamtheit die geistigen und materiellen Fähigkeiten des Einzelnen zu verwerten, kurz das freie Spiel der Kräfte. Wohin wir unter der wirtschaftlichen Freiheit gekommen sind zeigen uns die zerrfahrenen Zustände unserer Tage. Nein, wir tätigen keinem die wirtschaftliche Freiheit zu, auch uns selbst nicht. Wir wollen die größ-

mögliche Existenzmöglichkeit des Einzelnen im Dienste für die Gesamtheit. Die politische Freiheit wollen wir benutzen zur Gewinnung der großen Mehrheit des Volkes für unsere Auffassung. Folgt uns die Mehrheit des Volkes, dann ist uns nicht bange um die Verwirklichung unserer Gedanken, dann reifen die Früchte der Revolution. — Über das Problem der Sozialisierung an dieser Stelle etwas zu sagen, halten wir für unnötig. Die Konzentration des Kapitals ist in unseren Berufen noch nicht so weit fortgeschritten, daß wir ernsthaft eine baldige Behandlung dieser Frage ins Auge zu fassen hätten. Das schließt natürlich nicht aus, daß wir die wirtschaftlichen und kommerziellen Bewegungen unserer Industrie aufmerksam zu beobachten haben, um die Interessen der Arbeitnehmerschaft jederzeit wahrnehmen zu können.

Im zweiten Teil seines Aufsatzes kommt Kollege Ronnger auf das heute so lebhaft propagierte Räte-system zu sprechen. Wir nehmen ohne weiteres an, daß auch dem Kollegen Ronnger bekannt ist, daß von einem »System« in der Rätefrage heute noch nicht gesprochen werden kann. Unter einem System versteht man einen geordneten Komplex von Vorschriften, die sich auf tatsächliche Erfahrungen stützen. Diese Erfahrungen fehlen uns aber bei dem Räte-system. Es handelt sich hier um ein Betätigungsfeld des Proletariats, das erst erkundet und abgesteckt werden muß. Ohne unsere Kräfte zu unterschätzen, dürfen wir uns nicht an Aufgaben heranwagen, die wir vorderhand noch nicht bewältigen können. Es gilt hier nicht, einzelnen besonders befähigten Arbeitern einen neuen Wirkungskreis zu erschließen, sondern dem Durchschnittsarbeiter größere intellektuelle Leistungen zuzumuten. Soll hier kein Rückschlag eintreten, so ist Vorsicht am Platze. Der Verbandstag, daran zweifeln wir nicht, wird sich für die Betriebsräte entscheiden, die, gestützt durch die Organisation, ihre Tätigkeit ausüben. Er wird die Befugnisse derselben mit größter Gewissenhaftigkeit, doch ohne Scheu vor kommender Arbeit festzulegen haben. Eine wertvolle Handhabe hierzu bietet der Antrag des Vorstandes, die Betriebsräte in die Organe des Verbandes einzureihen. Dadurch wird es möglich sein, den Betriebsräten einen bleibenden, festen Halt innerhalb unserer Organisation zu geben und die Mitarbeit der Kollegen auf breitere Grundlage zu stellen. Es ist zu hoffen, daß die ideologische Reife der Kollegschaft, von der Ronnger spricht, soweit fortgeschritten ist, daß die sich bietenden Betätigungsmöglichkeiten auch erkannt und benutzt werden. Gelingt es dem Verbandstage, die verschiedenartigen Auffassungen in dieser Frage zu vereinen, dann wird der Weg zur Macht nicht nur umstritten, sondern auch beschritten werden.

Die Redaktion.

## Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

### Industrieverband-Kampfsicherungsinstitute.

Um den deutschen Kollegen einen der Führer der Opposition in seinem Gedankengange zu zeigen, bringen wir dessen Artikel unverändert zum Abdruck. Wer in diesen unklaren Ausführungen sich zurechtfindet, den benedien wir. Wir vermögen dies beim besten Willen nicht.

Die Redaktion.

Die Frage des Industrieverbandes verlangt immer mehr nach Klärung. Sofort würd der Gedanke in die Diskussion geworfen, wär der Träger dieser Idee ist. Damit will man aber nur der Klärung einen Mantel umhängen. Denn wir haben nicht zu ergründen, wär der Träger dieser Idee ist, darum Kollegen laßt euch nicht durch solche Manöver von der richtigen Bahn abbringen. Wenn die Idee auch eine alte ist so sind die Motive doch nicht die gleichen, denn die Verhältnisse haben sich so verschoben, daß die Motive früher andere waren als jetzt. Denn nicht nur aus den Motiven heraus wie sie die Gr. Pr. in ihrem Artikel anführt ist der Industrieverband nötig, haben sich doch weit wichtigere Momente dazwischen gedrängt und diese müssen Klärung finden. Darum Kollegen haltet Wacht. Das Gebot der Stunde ist. Industrieverband, aber auf weicher Basis. Die Antwort lautet, Industrieverband auf dem Räte-System aufgebaut, das ist die Forderung. Nun weißt die Gr. Pr. in ihrem Artikel an der Hand von Material nach wie notwendig es ist, bedingt durch die Unzertrennlichkeit der einzelnen Berufe sich zu einem Industrie-Verband zusammen zu schließen. All dieses ist aber durch die Verhältnisse überholt und im Vordergrund der Forderung stehen die Betriebs-Räte.

Also Betriebs-Räte ist die erste und notwendigste Forderung. Denn Kollegen, treten wir ein für die Betriebs-Räte dann werden sich all diese Fragen von selbst regeln nach Einführung derselben. Darum müssen wir einen Industrieverband haben, aufgebaut auf dem Räte-System, ausgebaut als Kampforganisation zur Erringung des reinen Räte-Systems. Das nur durch Kampf werden wir uns die Betriebs-Räte erringen können. Aber all diese Punkte wollen die jetzigen Vertreter nicht geklärt wissen, obwohl sie die aktuellste ist, denn

die Klärungstrage in diesen Punkten stehen im Gegensatz zu ihrer bis jetzt getriebenen Politik, und deshalb den Mantel der Liebe darum.

Also Kollegen, die Entwicklung ist nicht stehen geblieben und bedingt andere Kampfsmittel. Ob aber diese bestehenden Gewerkschaften die notwendigen Kampforganisationen verkörpern müssen wir ergründen. Also zur Gründung derselben waren der Boden und die Fundamente gut, man stand auf dem Boden des Klassenkampfes. Doch der weitere Entwicklungsgang drückte die Gewerkschaften vom richtigen Wege ab. Die Gründe findet man darin daß die Bestrebung hervor trat, groß und stark zu werden, und man suchte nach Mitteln um die letzten abseitsstehenden unter ihrem Banner zu vereinen. Man ging deshalb daran das Unterstützungswesen auszubauen um die letzten Schäfflein in ihren Schutz zu bekommen. Also man förderte das, was jetzt der Arbeiterklasse zum Verderben geworden ist. Auch der Erfolg blieb nicht aus man wurde groß und stark, stempelte aber zugleich die Gewerkschaften zu Unterstützungsvereinen und errichtete keine Kampforganisationen. Also groß und stark war das Prinzip, aber die große Zahl macht es nicht, sondern der Geist von dem die Zahl beseelt ist, ist letzten Endes die Hauptfrage.

Auch die Frage des Mitbestimmungsrechts der Mitglieder reißt sich hier ein und noch so vieles andere. Da man aber diese Fragen nicht alle bis ins kleinste behandeln kann so nur einige Worte zu dem Mitbestimmungsrecht. Genau wie die Pflichten der Mitglieder gestiegen sind, so sind die Rechte immer weniger geworden. Eigentlich müßte man annehmen daß dort wo die Demokratie herrscht die Mitglieder bestimmen und die Vorstände die ausführenden Organe sind. So müßte und sollte es sein aber überall findet man das grade Gegenteil, haben doch die Vor und Zentralverbände in einer meisterhaften Weise es verstanden mit einer gewissen Einschläferungspolitik die Mitglieder mehr und mehr um ihre Rechte zu bringen. Also man ist dort angekommen daß die Mitglieder vollständig von den Vorständen abhängen. Daher auch die völlige Ohnmacht der Mitglieder über die Vorstände in der Stellung zur Kriegspolitik. Denn haben diese Vertreter nicht in schlimmster Art und Weise mit den Interessen der Arbeiter gespielt, daß das Beweismaterial über ihr Verhalten während des Krieges bis in die Neuzeit der Revolution hundertfach gebracht werden kann darüber besteht wohl kein Zweifel. Aber hier nur einige Beispiele. Kollegen wär waren die Vertreter, waren es nicht die Legien, Bauer und Konsorten die in unverantwortlicher Weise, die Arbeiter an die Kapitalisten auslieferten und den letzten Funken von Klassenkampf aufgaben, indem sie erstens für das Hilfsdienstgesetz stimmten indem sie widerspruchslos den Burgfrieden hinnahmen, mit einem Wort man beschneid dem Arbeiter die letzten Rechte. Aber nicht genug mit dieser Politik während des Krieges, trieben sie ihr schnödes Spiel ruhig weiter bis in die letzte Zeit hinein. Denn auch hier waren es wieder die Bauer und Konsorten, welche unter dem Schutze der Kapitalisten zu höheren Ämtern berufen, und jetzt im Verein mit diesen neue Pläne schmiedeten. Die Spitze wird wieder durch die Einführung der Arbeitsgemeinschaft erreicht, aber nicht blos auf diesem Gebiet werden die Arbeiter von neuen gedrückt und vergewaltigt, sondern man spielt sogar den Herrn Agrariern noch einen höhren als bis jetzt gewährten Verdienst in die Tasche, denn waren es nicht auch hier die Bauer und Konsorten welche von neuem die Druschprämien diesen Volksverrättern sicherten. Also gleich und gleich. Im Lager dieser Sorte fühlen sie sich unter ihres gleichen, eine weitere Erläuterung braucht man nicht, alles weiter ergibt sich von selbst und jeder Kollege kann mit sich abrechnen ob er dieser Sorte Vertretern, welche in ihre Politik von Zentralvorständen unterstützt wurden, und die Zentralvorstände haben daher dieselbe Verantwortung zu tragen noch weiter Gefolgschaft leisten. Kollegen ein glattes Nein ist die Antwort. Denn alles sind Vertreter unter deren Führung die Konterrevolution wieder den Boden gewinnen konnte, den sie heute wieder unter den Füßen hat. All diese Politik wurde weiter getrieben gleich des Protestes von Seiten der Arbeiter trotz des sicheren Zeichen daß jedes einzelne eine neue Belastung des Proletariats ist. Denn war es der Arbeiterschaft an einem Orte gelungen, einen wirtschaftlichen Erfolg zu erringen so wurde selbiger durch die anhaltende Preissteigerung der Lebensmittel bald wieder ausgeglichen. Kollegen was ist aber diese Preissteigerung. Es sind die unvermeidlichen Folgen der Kriegspolitik.

Darum Kollegen seid auf der Wacht laßt euch nicht noch einmal ins Schlafptta nehmen von den Elementen, welche ein verworrenes Spiel mit euch treiben, denn sie steuern schon neuen Verrätereien entgegen.

Also Kollegen gebt ihnen die Antwort. Heraus aus den Händen dieser Verräter, Weg mit denen die uns verraten. Heraus aus den Händen solcher Geschäftlhuber! Versagt ihnen jede weitere Gefolgschaft, den Handlangern der Kapitalisten, denn bald liefern sie euch erneut euren Feinden in die Hände. Das alles bedingt den Zerfall dieses faulen und morschen Systems ganz von selbst.

(Fortsetzung siehe Beilage.)

Darum Kollegen schließt euch zusammen, auf zielklaren Grundsätzen aufgebaut, zu einer wirklichen Kampforganisation. Laßt euch nicht einfangen, haltet euch fern, von Gr. Unionen welche die Elemente unter Mitwirkung der Kapitalisten versuchen zu errichten, gebt ihnen die Antwort darauf. Mögen sie auch zeter und mordio schreien mögen sie sich drehen und wenden, und die Träger der neuen Idee die Förderer dieses Gedankens mit den schmierigsten Mitteln und Titeln belegen, so werden die Träger dieser Gedanken unterstützt durch die Verhältnisse bald von Sieg zu Sieg eilen. Und dann werden auch die Kritiker ihre Ohnmacht erkennen. Aber Kollegen, wach müßt ihr sein daß sie uns nicht noch einmal verraten wie am 9. November. Darum: vorwärts auf neuer Bahn des reinen Klassenkampfes nur dann kommen wir zum Ziel. Wenn man auch den Versuch macht und Märchen erfindet, wenn man erzählt, nur ein erfahrener Gewerkschaftler besitzt die Fähigkeit die Arbeiter und Betriebs-Räte erfolgreich zum Besten der Berufsangehörigen einzuführen. Ja Kollegen da sind wohl die zu Ministern berufenen Arbeitervertreter zu diesen Posten geboren. Eine gute Idee und ein Zeichen für unsern Redakteur. Schuster bleib bei deinen Leisten. Also Kollegen wir fordern den Industrieverband aufgebaut auf dem Räte-System, und daraus ergibt sich alles. Denn der Beweis ist erbracht, daß die Bewegung nicht abgemacht ist mit rein wirtschaftlichen Forderungen in Form von Lohnzulagen. Denn keine Lohnerhöhung und morgen Preissteigerung der Lebensmittel also eine Schraube ohne Ende und deshalb den Kampf aufgenommen für das was alles die Verhältnisse beseitigt und das sind die Betriebs-Räte mit welchen wir im Vollbesitz der wirtschaftlichen Macht kommen. Auch brauchen wir niemand darüber im Unklaren zu lassen, daß sich wenn ein Industrieverband gegründet wird die Gewerkschaften sich als Gewerkschaften erledigt haben.

Darüber wird sich wohl niemand im Unklaren sein. Oder wollen die Vertreter der Gegenseite etwa sagen wenn sie ihre Gr. Union unter Dach und Fach haben daß neben der Union Gewerkschaften noch bestehen bleiben werden. Also ist auch der Vorwurf der Zersplitterung hinfällig, aber dieser Zersplitterungsstempel soll in die Köpfe eingemörtelt werden. Denn so ist es während der ganzen Entwicklung gegangen, daß jeder Gedanke sobald er gegen die Politik der gegenwärtigen Machthaber sich richtet eine Zersplitterungspolitik ist. All diese Anwürfe zerschlagen sich von selbst, sieht, daß durch das Verhalten der Führer sowie durch das ganze System der Gewerkschaften, der Boden des Klassenkampfes aufgegeben ist. Wir fordern aber den reinen Klassenkampf und daher Kollegen tretet ein für einen Industrieverband auf dieser Grundlage.

Darum Kollegen wenn ihr es bestimmt auf der Generalversammlung daß sich unser Verband auf den Boden des revolutionären Kampfes stellt so möchte ich fragen, war da erklären würd daß ist Zersplitterung. Darum nehmt die Gelegenheit wahr und sendet Vertreter mit eisernem Willen, die ihre ganze Kraft für die entgeltliche Befreiung der Kollegschaft einsetzen wollen, zur Generalversammlung. Also wählt Vertreter, welche Förderer dieses Gedankens sind dann würd auch die Generalversammlung sich für diese Idee entscheiden. Auf all die Vorwürfe gegen den Gr. Block will ich gar nicht weiter eingehen. Am schönsten ist noch der Satz wie man seine Lämmer sammelt, nämlich war Liebe zur Gewerkschaft hat kann so was nicht mithalten. Also aus Liebe zur Gewerkschaft lasse ich alles über mich ergehen einfach großartig dieses Geständnis, zeigt wieder das richtige Bild dieser Inmensenvertreter. Im übrigen erscheint der ganze Schluß als ob unser wandernder Redakteur nicht die Idee behandelt, sondern er verbricht eine letzte Schimpfkanonade gegen die Kollegen welche seine geistigen Produkte nicht so ohne weiteres schluckten. Denn die Vertreter dieser Idee sind alles bloß keine Kollegen, aber all das hält uns nicht ab von der rastlosen Arbeit bis zum entgeltlichen Siege, und froh können wir sein daß wir einer Zeit entgegengehen welche uns hoffentlich bessere geistige Nahrung auf den Tisch bringt als bis jetzt unsere Gr. Presse. Darum Kollegen nochmal, schüffelt ab die Unterstützungsvereine mit all ihrem verfaulten System, schließt euch zusammen zu einer Kampforganisation die euch die Gewähr bietet daß sie den Kampf aufnehmen wird bis zur entgeltlichen Betreuung der Arbeiterschaft, bis wir entgeltlich in den Besitz der Produktionsmittel gelangen, welche uns dann den Sieg gegen den Kapitalisten sichern, die kapitalistische Wirtschaft beseitigen wird. Darum Kollegen, auf zur Tat! An euch allen liegt es ob ihr noch weiter schmachten wollt!

Auf zum Kampfe gegen die Volksverführer! Gebt ihn den Rest!

A. T., Leipzig.

**Zur Generalversammlung in Magdeburg.**

Nach Abschluß der Stuttgarter Generalversammlung haben wir eine aufsehenerregende Preßdebatte gehabt, über die beschlossenen Gehaltsätze der Angestellten. Ich halte es deshalb zur Vermeidung solcher Polemiken für angebracht, diese Angelegenheit, die zweitelsöhne von der Generalversammlung

geordnet werden muß, noch vor derselben zu be-

Unter den Voten der Generalversammlung stellen Anträge befindet sich ein solcher, der die Gehälter der Verbandsangestellten zu regeln bezweckt. Abgesehen davon, daß es heute gar nicht möglich ist, für einen längeren Zeitraum Löhne oder Gehälter festzusetzen, bringt auch der Antrag keine zweckentsprechende Regelung. Aus diesem Antrag geht auch ferner, nicht hervorzuholen, daß die erhöhten Stuttgarter Sätze als Grundhaltungsätze sind und darüber hinaus eine dem jeweiligen Teuerungsverhältnissen entsprechende Zulage gewährt werden soll. Jedenfalls haben die Antragsteller das Letztere dabei im Auge gehabt. Die diesjährige Generalversammlung soll über die Besetzung verschiedener neuer Angestelltenstellen entscheiden, sie hat deshalb auch die Aufgabe, die Gehälter derselben zu regeln. Dies geht nun wohl nicht in der Form, wie es der Antrag bezweckt. Die Generalversammlung in Stuttgart hat ein Anfangsgehalt von 2400 Mk. festgesetzt, dazu 120% würde ein solches von 5280 bedeuten, oder ein Wochengehalt von 101,50 Mk., daß wir für ein solches Gehalt unter den heutigen Verhältnissen keinen Angestellten anstellen können, dürfte ohne weiteres klar sein. Als Anfangsgehalt müssen wir einem Angestellten doch mindestens das gewähren, was ein tüchtiger Kollege im Beruf zu verdienen in der Lage ist.

Ich bin überhaupt der Ansicht, daß die Angestellten einer Gewerkschaft nach anderen Gesichtspunkten entlohnt werden sollten, wie dies bei Lohnarbeitern der Fall ist.

Ein Kollege im Gewerbe hat seine geregelte Arbeitszeit, die in den meisten Fällen auch so angeordnet ist, daß dem betreffenden möglichst viel freie Zeit bleibt. Für jede Mehrarbeit ist eine Extraentschädigung vorgesehen.

Bei dem Angestellten wird ein fester Lohnsatz festgelegt, der etwaige Vergütung für Überstunden und Sonntagsarbeit einschließt, ja auch gleichzeitig eine Vergütung für Mehraufwendung von Kleidung enthalten muß. Von einem Angestellten verlangen wir, daß er, wenn erforderlich, jederzeit der Organisation zur Verfügung steht und ohne Rücksicht auf seine Person das Interesse der Mitglieder zu wahren hat. Es handelt sich also kurz gesagt um eine Vertrauensstellung. Dementsprechend muß auch die Entlohnung sein.

Wie liegen nun momentan die Verhältnisse im Beruf und wie müssen dementsprechend unsere Angestellten entlohnt werden?

Ich nehme an, daß gesetzte verheiratete Kollegen in Großstädten, diese kommen für den Sitz der Angestellten nun infrage, ungerundet der letzten Zulage ein Einkommen von über 100 Mk. haben. Die vom Tarifamt für das Lithographie- und Steindruckgewerbe aufgenommenen Statistik, die leider nur etwa die Hälfte der beschäftigten Lithographen und Steindruckerkler erfaßt hat, ergibt, daß 809 Kollegen über 100 Mk. verdienen, im Durchschnitt rund 110 Mk. Die ab 13. Oktober beschlossene Zulage hinzugerechnet ergibt einen Durchschnittslohn von 130 Mk. für die bestbezahlten Kollegen. Gleich einem Monatsgehalt von 563 Mk. Wie schon erwähnt kommt bei unseren Angestellten eine besondere Entschädigung für Überstunden und Sonntagsarbeit nicht infrage, so daß wir als Mindestsatz eine monatliche Entschädigung von 600 Mk. annehmen müßten. Dazu käme analog den Stuttgarter Sätzen eine mit den Jahren steigende Erhöhung des Gehalts. Die in Stuttgart beschlossene Steigerung ist allerdings den heutigen Teuerungsverhältnissen entsprechend als viel zu gering zu bezeichnen. Unserem Geldwert entsprechend bedeutet dies nur eine Steigerung von 20-25 Mk. monatlich innerhalb 9 Jahren.

Vergleichen wir diese Gehaltsätze mit denen, die von anderen Gewerkschaften bezahlt werden, so sind dieselben allerdings recht bescheiden zu nennen. Die Generalversammlung wird ja darüber zu entscheiden haben, ob wir in der Bezahlung der Angestellten an letzter Stelle rangieren wollen.

Wenn ich noch ein Wort zu den Anträgen sage, die die Anstellung der Angestellten in Wochenlohn und mit 14tägiger Kündigung bezwecken, so bin ich der Auffassung, daß die Antragsteller sich von grundfalschen Voraussetzungen haben leiten lassen.

Ich habe schon anfangs darauf hingewiesen, daß wir von unseren Angestellten verlangen, vor allem von den leitenden Angestellten, daß sie ihre ganze Person in den Dienst der Sache stellen. Glauben die Antragsteller etwa, daß sie das Interesse des Angestellten damit heben können, wenn sie das Damoklesschwert der plötzlichen Entlassung ihm immer vor Augen halten. Ich glaube kaum, daß wir damit Arbeitsfreude erzielen, oder soll damit nur eine Radikalisierung der Angestellten bezweckt werden?

Ich glaube, daß gerade die Gewerkschaften alle Ursache haben, sich ihre Angestellten durch Vertrag zu sichern, es liegt meiner Auffassung nach durchaus nicht im Interesse der Organisation, wenn die Angestellten recht oft wechseln. Es ist auch nicht angängig, daß die Möglichkeit geschaffen wird, in einer erregten Stimmung, die nur zu leicht entstehen kann, die Angestellten über die Klingsprünge zu lassen. Für den Angestellten wird es in den meisten Fällen leichter sein, eine andere Stellung zu finden, wie für die Organisation, tüchtige eingearbeitete Kräfte zu bekommen.

**Zur Neubestimmung der Lehrlingsabteilung.**

Es steht außer Zweifel, daß die Jugendabteilung allgemein sehr viel untergeordnet wird. Abgesehen von der praktischen Fortbildung und Pädagogischen, reichen sich politische Parteien und Gewerkschaften, religiöse Gemeindegemeinschaften und Sportliche Vereine und sonstige Organisationen, die ein eigenes Bildungsunternehmen unterhalten. Dabei wird oft übersehen, daß die Jugend auch das Verlangen hat, an einer Abenteurerfahrt teilzunehmen. Wissen zu haben, nur unter sich zu sein, was es aber für den Leiter einer Lehrlingsabteilung so schwer ist, die jungen Kollegen zusammenzubekommen, liegt wohl daran, daß diese Lehrlingsabteilungen für die Jugend nicht so sehr nach Schwung und Begeisterung in der Arbeit, wie unsere zu häufigen Kollegenbestände in der gewerkschaftlichen Arbeit, und an ihrer Berufung, so muß wohl nicht als Kriterium unsere Lehrlingsabteilung gewertet werden. Was uns jetzt die Graphische Jugend und andere Kollegen die Lehrlinge immer wieder darauf aufmerksam machen, daß ein Mitglied der Praxis des Lehrers in erster Linie sein, Handwerker tüchtig, hantieren und die Bedeutung der Gewerkschaft zu verstehen können muß, so ist doch mit derartigen geschäftlichen und wörtlichen Hinweisen zum Sinn Bruchteil, ungenügend die Pflichten der Jugend gegenüber erfüllt. Was besonders unseren Lehrlingsabteilungen fehlt, ist der Mangel an persönlicher Führung, was wiederum dem Jugendleiter und seinen Zöglingen ein festgesetztes Spiel von geistigem Geben und Nehmen muß zwischen alt und jung stattfinden. Der Vertrauensverhältnis muß zwischen beiden herrschen. Der Gehalt einer Lehrlingsabteilung darf nicht von den Eigenschaften eines Feldwebels oder Vorgesetzten besetzen, und seine lehrhafte Tätigkeit darf nicht die Kluff eines Kathederlehrers zu seinen Schülern sich bergen. Als Freund und väterlicher Berater muß er Sorgen und Freuden seiner jungen Kollegen teilen und zur Beseitigung ihrer beruflichen Schwierigkeiten tatkräftig beitragen. Die Sorge um die geistliche Entfaltung jeder Einzelseele, das Herausheben ihrer Eigenart und Stärke sowie die allseitige Entwicklung der Einzelpersonlichkeit im Rahmen der Berufsgemeinschaft und des Volksganzen, muß die Richtschnur für die Tätigkeit des Jugendleiters sein. Der Massenabfütterung in den Schulen und der maschinellen Arbeitsweise in den Fabriken muß die Lehrlingsabteilung die Betonung der Eigenart entgegenzusetzen. Den positiven, etwa was altertägigen Dünkel, womit fast alle jungen Leute behaftet sind, gilt es in eine Triebkraft gegen den Stolz für ihren Beruf umzuwandeln und auf das Wesentliche, die Arbeit mit Kultur und Schönheit zu durchdringen, zu richten. Das geschieht am besten, wenn wir ihren beruflichen Tätigkeiten und Liebhabereien eine persönliche Note geben, denn je persönlicher eine Arbeit ist, desto menschlicher würdiger wird sie. Zeichnenische und photographische Wettbewerbe, wozu jede Zahlstelle aus ihrer Lokalkasse kleine Zuschüsse bewilligen müßte, und andere technische Versuche würden außer Führungen durch Betriebe und anschaulichen Vorträgen in der Jugend, viel dazu beitragen, frische und spannende Teilnahme an allen beruflichen Fragen in der jungen Kollegschaft hervorzurufen. Gegenseitige Anregung und Belehrung der Lehrlinge, unter sich müssen besonders gepflegt werden, damit ein jeder Weltreife geschaffen und erhalten bleibt. Und da keine Gewerkschaft so zahlreiche und mannigfaltige Berufsweize in sich birgt als unser Verband und nur wenig Lehrlinge in solchen Anstalten beschäftigt sind, wo alle oder wenigstens die hauptsächlichsten Druckarten vertreten sind, so ist das Arbeitsfeld für eine graphische Lehrlingsabteilung, und deren Leiter sehr vielseitig und groß. Das Ineinandergreifen von Retusche, Photographie, Präparieren und Druck z. B. im Lichtdruck und ähnlich in anderen Vielfältigungsverfahren, ist nicht nur lange Zeit für jeden Lehrling schwer zu übersehen, sondern selbst für manche Helfenden noch schwerer. Auch die unserem Verbands nicht eingerechneten, unseren Gewerben jedoch angeschlossen Berufsarten, wie Buchdruck, Buchbinderei, Grifflkünste usw. müßten den Lehrlingen wenigstens in ihren Grundzügen und Elementarbegriffen verständlich gemacht werden. Die Reklamekunst und das Werbewesen sind Fächer, die heute nicht mehr übergangen werden dürfen. Will man zur Hebung des graphischen Gewerbes überhaupt etwas beitragen, so müssen schon frühzeitig besonders Zeichnerische, Retuscheur- und Lithographienlehrlinge auf ihre schöpferische Tätigkeit im Entwerfen und künstlerischen Stil eingestellt und gefördert werden. Vielleicht könnte die Graphische Jugend, mehr illustrierte Abhandlungen über Gebrauchsgeschichte und Drucktechnische Neuheiten bringen, weil solche Beiträge für unser Gewerbe und dessen Jugend weit wichtiger sind als zusammenhanglose Artikel aus allen möglichen Wissensgebieten. Damit ist nicht gesagt, daß Beiträge zur Allgemeinbildung überflüssig sind, bei unseren beschränkten Mitteln, es jedoch, alles Unwesentliche und Fragezeichen auszuschneiden und unsere Kräfte auf die Hauptsache zu konzentrieren, zumal auch diese schon überaus mannigfaltig ist. Wir müssen uns immer wieder darauf besinnen, daß wir in Zukunft Betriebsräte brauchen und daß der Einfluß der Arbeiter-

schaft auf Produktion und Wirtschaftsform wachsen soll. Dazu benötigen wir gute Kräfte und festere Charaktere, die den Unternehmern Respekt einflößen und betriebstechnisch mitreden und mit-handeln können. Wir dürfen nicht warten, bis die staatlichen Fortbildungsschulen so eingerichtet sind, daß jeder Berufsart ein spezieller Unterricht zuteil wird. Wohl müssen wir darauf dringen, daß es bald geschieht, solange es aber nicht verwirklicht ist, haben wir die Pflicht, unsere jungen Kollegen in diesem Sinne zu fördern.

Ich bin mir der Schwierigkeit bewußt, die eine so hohe Aufgabe, wie ich sie hier nur in großen Zügen angedeutet habe, an einen Jugendleiter stellt. Menschenkenntnis und pädagogisches Geschick, vielseitige berufliche Erfahrung und großes Wissen, gewerkschaftliche und politische Bildung wären die Voraussetzungen zu seiner Tätigkeit. Größere Zahlstellen haben zweifellos einen oder einige Kollegen unter sich, die solche Fähigkeiten besitzen, es gilt nur, sich dem Dienst der guten Sache zu widmen. Soll jedoch eine solche Aufgabe großzügig und planmäßig durchgeführt werden, so übersteigt sie die Kraft und freie Zeit eines einzelnen Mannes, deshalb muß Verwaltung und Kollegschaft einer Zahlstelle mitarbeiten. Auch die Prinzipale sind zur Gewährung von Betriebsführungen, Musterarbeiten-Ausstellungen und technischen Versuchen, vielleicht auch mit Geldmitteln zur Unterstützung heranzuziehen. Vielerlei Kombinationen sind möglich, die zu beruflichen und gewerkschaftlichen Neubelebungen unserer Lehrlingsabteilungen führen, und die jungen Kollegen von unnützen Veranstaltungen fernzuhalten und uns näher zu bringen. Der Leiter hätte vor allem System in die Veranstaltungen zu legen und die Schwierigkeiten der Unterrichtsweise zu lenken, die namentlich im Altersunterschied und der verschiedenartigen Aufnahmefähigkeit der Lehrlinge bestehen. Mitarbeit und Entgegenkommen des Hauptvorstandes kann und muß das opferreiche Amt eines Jugendleiters erleichtern, indem die »Graphische Jugend« sich mehr als seither berufs- und betriebstechnischen Fragen zuwendet, die dann in der Lehrlingsversammlung noch eingehender besprochen werden müssen, womit zugleich das Verhältnis zwischen Lehrling und Jugendorgan inniger wird. Geeignete Lehrbücher über die Vervielfältigungsverfahren und angewandte Graphik sind jeder Lehrlingsabteilung zu liefern. Die Schriften von Walter Ziegler sind u. a. sehr zu empfehlen. Da diese Literatur meist nur für Vorgebildete und Fachleute, selten aber für junge Anfänger nützlich ist, müßte unser Verband selbst die Lücke ausfüllen und leichtverständliche Einführungen und illustrierte Abhandlungen über die wichtigsten in unserem Verbands vertretenen Druckarten usw. in Buchform erscheinen lassen. Die »Graphische Jugend« hat im Laufe ihrer 12 Jahrgänge gewiß schon viele vorzügliche Berufsaufsätze gebracht, die jedoch — wie es bei Zeitungen eben der Fall ist — selten aufbewahrt und neu durchgesehen werden. Dagegen wird eine Broschüre oder ein Buch schon von jedem älteren Kinde achtsamer behandelt, von Erwachsenen sicherlich gesammelt und immer wieder einmal gelesen. Schon aus diesem Grunde ist die Buchform als Unterrichts- und Nachschlagewerk für Jugendleiter und Lehrlinge der Zeitungsform vorzuziehen. Der Verbandskasse entsteht daraus eine einmalige Ausgabe, die durch eingeschränktes Erscheinen der »Graphischen Jugend« bald ausgeglichen wäre, auf die Dauer sogar sparsamer wirken würde. — Dieser Vorschlag sei besonders den Delegierten zum Verbandstag empfohlen. Vielleicht ließe sich aus meinen Anregungen eine Neubelebungen unserer Lehrlingsabteilung durchführen, sofern sich in allen Zahlstellen weitdenkende Kollegen finden, die sich einer so bedeutenden Aufgabe opferfreudig widmen.

M. Schgr.

Kollegen in den Versammlungen der Mitgliedschaften. Zur Entscheidung steht dabei die Frage, ob der Neuabschluß den materiellen Bedürfnissen der Kollegen Rechnung trägt und ob der neue Tarif als ganzes genommen einen Fortschritt gegenüber dem bestehenden Tarif darstellt. Untersuchen wir zunächst das materielle Ergebnis der Verhandlungen. Bei der letzten Lohnregulierung wurde der Grundlohn auf 75 Prozent des Gesamteinkommens festgesetzt. Die verbleibenden 25 Prozent gehen als Teuerungszulage und wurden um 15 bzw. 13 Mk. pro Woche erhöht. Diese Regelung ließ die unterschiedlichen Lohnverhältnisse in den einzelnen Städten gänzlich unberücksichtigt. Statistische Erhebungen, die inzwischen vorgenommen wurden, brachten die Gewißheit, daß die Chemigrappen einzelner Städte infolge besonders ungünstiger beruflicher Verhältnisse erheblich mit ihren Löhnen zurückgeblieben waren. Es ergab sich also das für ein tariflich geregeltes Gewerbe kuriose Bild, daß ein einheitlicher Mindestlohn, wie er früher bestanden hatte, nicht mehr existierte. Beispielsweise mußte ein Gehilfe aus Berlin oder Hamburg, der die Absicht hatte, in einer kleineren Stadt Stellung anzunehmen, riskieren, dort bedeutend niedrigere Grundlöhne vorzufinden. Dieser Zerissenheit mußte ein Ende gemacht werden. Da dem Antrage der Gehilfen auf Weitergewährung der bestehenden Teuerungszulagen debattelos zugestimmt wurde, so kam es darauf an, auf der Basis der bestehenden Gesamteinkommen die Mindestlohnfrage zu regeln.

Nach langwierigen Kommissionsverhandlungen ist es gelungen, ein annehmbares Resultat zu erzielen. Es erhalten also Gehilfen

	Grundlohn	und 20% Teuerungszul.
im ersten Jahre nach der Lehrzeit	70 Mk.	= 84 Mk.
„ zweiten „	75 „	= 90 „
„ dritten „	80 „	= 96 „
„ Alter von 21 bis 24 Jahren	85 „	= 102 „
„ „ über 24 „	95 „	= 114 „

Die Zahlen von 84—114 Mk. bedeuten also die neu festgesetzten Mindestlöhne, unter denen kein Gehilfe der betreffenden Altersklasse entlohnt werden darf. Die Staffeln nach Alter entspricht der in den übrigen graphischen Berufen vorgesehenen tariflichen Regelung. Es ist also in dieser Beziehung eine Vereinheitlichung der bestehenden Tarife erreicht worden. Dabei soll jedoch nicht unerwähnt bleiben, daß die Prinzipale ernsthaft versuchten, die Mindestlöhne zu Einstellungslöhnen zu stampeln, indem sie die Einfügung einer Bestimmung in den Tarif forderten, wonach die vom Arbeitsnachweis vermittelten Gehilfen verpflichtet sein sollten, zu dem Mindestlohn anzufangen. Diese Forderung begegnete dem entschlossensten Widerstand der Gehilfenvertreter und obgleich ein Prinzipalvertreter erklärte, gewisse Verhaltensvorschriften an die Mitglieder des Prinzipalverbandes wieder aufleben zu lassen, wenn die Gehilfen keine Nachgiebigkeit zeigten, lehnten die Gehilfen ein derartiges Ansinnen als völlig indiskutabel ab. Die Prinzipale ließen sich schließlich davon überzeugen, daß die Wiederaufnahme einer solchen Bestimmung, wie sie der Tarifausschluß von 1913 brachte, den dauernden Unfrieden im Gewerbe zur Folge haben würde und zogen darum ihre Forderung zurück. Sie erkannten damit an, daß es jedem Gehilfen unbenommen bleibt, auf Grund seiner Leistungsfähigkeit einen höheren als den Minimallohn mit seinem Arbeitgeber zu vereinbaren.

Damit ist ein Bestandteil des alten Tarifes, der eine Quelle steten Ärgernisses war, endgültig beseitigt worden.

Die Regelung des Mindestlohnes, wie soeben besprochen, genügt aber den heutigen materiellen Bedürfnissen der Gehilfen noch keineswegs. Sie bringt wohl den Gehilfen in einigen rückständigen Bezirken kleine direkte Vorteile, basiert aber, wie schon angeführt, auf die heute schon gezahlten Durchschnittslöhne. Um eine merkbare Besserung der Einkommensverhältnisse der Chemigrappen herbeizuführen, hatten die Gehilfen den Antrag gestellt, die bestehenden Teuerungszulagen um weitere 25 Mk. pro Woche zu erhöhen. Die Erledigung dieses Antrages ging in drei Etappen vor sich. Zuerst glatte Ablehnung, dann nach langen Debatten und Sonderberatungen ein dürftiger Gegenvorschlag der Prinzipale, der aber von den Gehilfen abgelehnt wurde, schließlich Kommissionsberatung. Die Argumente, mit denen die Ablehnung des Gehilfenantrages begründet wurde, sind unseren Kollegen bekannt. Sie wurden von den Gehilfenvertretern mit dem Hinweis beantwortet,

daß die Arbeitskraft der Chemigrappen nicht dauernd unter ihrem Wert bezahlt werden könne, während die Verteuerung des Materials gleichmäßig hingenommen werde. Ein Gesichtspunkt soll jedoch hervorgehoben werden, der bestimmend die Frage der neuen Teuerungszulagen beeinflusst hat. Ein Prinzipalvertreter setzte in längerer Rede auseinander, daß die einheitliche Höhe der Teuerungszulagen nicht geeignet sei, die Leistungen der arbeitsfreudigen Gehilfen zu steigern. Da bei einer allzu starken Erhöhung der Preise ein Rückgang der Aufträge unweigerlich eintreten würde, so müßte ein Äquivalent für die erhöhten Löhne gegeben werden. Diesen Ausweg erblickte er in der Bereitwilligkeit der Gehilfen, die Verteilung der Teuerungszulagen nach Leistung anzuerkennen und ihre Mitwirkung an dieser Verteilung zuzusagen. Ob dieser Redner auf den ungeteilten Beifall seiner Prinzipalkollegen rechnen durfte, ließ sich nicht feststellen. Jedenfalls war mit diesem Vorschlag der Anknüpfungspunkt für die Gehilfen gegeben, den diese nicht ohne Not preisgeben durften. Man mag über die Motive, die diesem Vorschlag zu Grunde liegen, denken, wie man will. Fest steht, daß die Gleichförmigkeit der Löhne innerhalb eines Betriebes bereits starken Mißmut unter den Kollegen ausgelöst hat. Der Leistungsfähige sieht, daß ihm sein größeres technisches Können nichts nützt, er sieht keinen Anlaß, seine Fähigkeiten voll zur Geltung zu bringen und er arbeitet infolgedessen etwas zurückhaltend. Man mag dieses Verhalten nicht als richtig anerkennen, mit der Tatsache muß man jedoch rechnen. Sollte nun in absehbarer Zeit die Konjunktur in unserem Gewerbe wieder anziehen, so liegt eine volle Produktivität auch im Interesse der Arbeiterschaft. Es soll damit keinem Weiterarbeiten das Wort geredet werden. Auch verkappte Prämiensysteme werden von uns nach wie vor abgelehnt werden. Eine unnatürliche Beschränkung der Produktivität könnte aber sehr leicht die Abwanderung beträchtlicher Aufträge zu verwandten Berufen zeitigen. Die Folge wäre wiederum ein Überfluß an Arbeitskräften. Arbeitslosigkeit und Lohndruck wären wieder einmal in bedrohliche Nähe gerückt. Doch diese Seite der Frage ist die minder gewichtige. Ungleich bedeutungsvoller war es, daß zum ersten Male der Gehilfenschaft das Mitbestimmungsrecht in Lohnfragen dargereicht wurde. Sollte die Arbeiterschaft, welche die weitgehendste Mitwirkung durch die Betriebsräte fordert, zurückschrecken vor der Verantwortung den eigenen Kollegen gegenüber? Bedeutete es nicht die Preisgabe des ganzen Mitbestimmungsrechts, wenn hier nicht entschlossen und herzhaf zugegriffen wurde? Diese Gedankengänge bewegten die Gehilfenvertreter nach sorgfältiger Beratung, ihre Bereitwilligkeit zu dieser Lösung im Prinzip auszusprechen. Die Festsetzung der Höhe der Zulagen kostete allerdings noch einen zähen Kampf. Schließlich wurde auch hier eine Einigung erzielt, die für die Gehilfen durchaus annehmbar ist. Die Gehilfen erhalten eine wöchentliche Zulage von 18 Prozent der Gesamtlohnsumme des Betriebes. 12 Prozent dieses Gesamtlohnes werden zu gleichen Teilen an die Gehilfen verteilt, die übrigen 6 Prozent werden durch eine Kommission, die gebildet wird von der Geschäftsleitung und den berufenen Vertretern der Gehilfen nach Maßgabe der Leistungen an die einzelnen Gehilfen gegeben. Während die Mindestlöhne erst bei Inkrafttreten des neuen Tarifes, also am 1. Januar 1920, Geltung erhalten, wird diese Teuerungszulage erstmalig am 7. November gezahlt. Eine neue Verteilung der 6 Prozent soll am 1. Januar 1920 in den einzelnen Geschäften erfolgen können, um etwaige Härten oder Änderungen in den Leistungen auszugleichen. Bei der Verteilung der 6 Prozent kann auch die wirtschaftliche Lage des Einzelnen mit berücksichtigt werden. Diese Teuerungszulage gilt bis zum 31. März 1920, es sei denn, daß eine besondere nachweisbare Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse um wenigstens 10 Prozent zu Ungunsten der Gehilfen eingetreten ist.

Durch diese Festsetzung von Mindestlohn und Teuerungszulage ist zunächst erreicht, daß die Chemigrappen nicht mehr in der Lohnfrage hinter anderen graphischen Berufen zurückstehen, sondern dieselben zum Teil schon überholt haben. Durch die Mitwirkung an der Verteilung der Zulage ist zwar unseren Vertrauensleuten eine heikle Arbeit übertragen worden. Immerhin, der Anfang mußte gemacht werden und wir hegen die feste Zuversicht, daß das geistige Niveau unserer Kollegen diese Probe aufs Exempel wohl bestehen wird. K.

**Die photomech. Fächer**

**Der neue Tarif im Chemigravie- und Kupferdruckgewerbe.**

Wenn wir heute über die am 29., 30. und 31. Oktober 1919 stattgefundenen Verhandlungen des Tarifausschusses berichten, so leitet uns dabei der Gedanke, der Kollegschaft eine Übersicht über die wesentlichsten Punkte des Erreichten zu geben. Der Diskussion in den Mitgliederversammlungen mag es vorbehalten bleiben, Einzelheiten zu besprechen. Der neu vereinbarte Tarifvertrag unterliegt selbstverständlich der Abstimmung der

**Stellenangebote**  
Wir suchen sofort tüchtigen  
**Kopierer**  
für Zink und Kupfer. Angebote mit Angabe über die bisherige Tätigkeit, Zeugnisabschriften und Gehaltsforderung erbiten an  
**Brenn'Amour, Spathart & Co**  
Büßelsdorf,  
Loewe-Haus, Zimmer 110.

Mehrere tüchtige  
**Messingstecher**  
werden durch den Arbeitsnachweis gesucht.  
C. Schubart, Berlin-Lichtenberg  
Rittergutstr. 34.

**Verschiedenes**  
Den vielen Anfragenden zur Nachricht, daß das  
**Jahrbuch für das  
ithographisch. Gewerbe**  
4. Jahrgang, im Jahre 1920 erscheint.  
Jeitricke hierfür sind noch erwünscht.  
Karlsruhe i. B. G. Kluth.

**Rohvergrößerungen**  
zum Selbstausarbeiten.  
Sehr preiswert.  
Dazgl. fertig reuschierte Vergrößerungen liefert  
R. Barth, Berlin, Potsdamer Str. 61

**Blamabel**  
für jeden ist es, Fremdwörter falsch zu gebrauchen oder falsch auszusprechen. Bestellen Sie daher noch heute Kresses neues **FREMDWÖRTERBUCH** mit genauer Verdeutschung und Aussprachebezeichnung für M. 1,85 fr. oder Nachn. vom **BUCHVERSAND „USPECH“**, Abt. C, FRIEDRICHSFELD bei WESEL.

**IN SERATE**  
sind nicht an die Redaktion, sondern an die Expedition, C. Müller, Sdkkeuditz bei Leipzig, Augustastr. 8, zu senden.

**ZINKDRUCKPLATTEN**  
1a. Zinklöse. Auswaschtechnik. Neuschleifen gebrauchter Platten. Zinkdruckverfahren. Anleitung und Auskunft kostenlos.  
**CARL MESS, G. m. b. H., BERLINSO. 36, Wiener Straße 50**  
Telefon: Moritzplatz 12289.